

Viersen zukunftsfähig machen!

Demokratisch. Sozial. Gerecht.

Programm DER LINKEN für die Wahl 2009 zu Kreistag Viersen und Stadtrat Viersen

Einleitung

DIE LINKE – erstmals zur Kommunalpolitik im Kreis Viersen angetreten

Durch den Zusammenschluss der PDS und der WASG im Juli 2007 ist die Partei DIE LINKE entstanden, die sich zum ersten Mal in NRW den Kommunalwahlen stellt. Dennoch verfügt sie über kommunalpolitisch erfahrene Mitglieder, die den beiden Quellparteien, aber auch Übertritten aus anderen Parteien und Gruppierungen entstammen.

Grundzüge linker Kommunalpolitik

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch die fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Ausgrenzung und Demütigung, zu einer abgehobenen „Elite“, die sich in Szene setzt, und zu einer großen Mehrheit, die das allenfalls medial beobachten darf. Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Diese lassen sich nicht durch Parteienklüngel hinter den Kulissen verwirklichen, sondern die Menschen müssen selbst aktiv werden, Widerstand gegen Sozialabbau leisten, sich für die Verfolgung ihrer Interessen zusammenschließen.

Über den Kapitalismus hinaus

Wenngleich DIE LINKE heute zunächst die Aufgabe hat, die Auswirkungen des entfesselten „Raubtierkapitalismus“ einzudämmen und dabei die Zusammenarbeit mit allen in diesem Bemühen engagierten Kräften zu suchen, so sehen wir uns nicht in der Rolle eines „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“. Vielmehr sind wir der Meinung, - und die beginnt auch bei immer mehr Menschen Zustimmung zu finden - , dass die geschilderten Probleme, die periodisch auftretenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eigentümlich sind und dass deren grundlegende Veränderung ein Gebot unserer Zeit ist.

- Ausbau demokratischer Mitwirkungsrechte

Öffentlichkeit und Transparenz

Entscheidungen des Kreistages und des Stadtrates sollen, soweit nicht zwingend anders vorgeschrieben, im öffentlichen Teil der Sitzungen getroffen werden. Fraktionssitzungen der LINKEN in den kommunalen Gremien werden soweit möglich öffentlich angekündigt und durchgeführt. Mandatsbezogene Nebeneinkünfte (u.a. der Aufsichtsratsgremien) der Kommunalpolitiker sollen offengelegt werden. Weiterhin sollen die Bürger schon frühzeitig Gelegenheit haben, sich an Planungs- und Entwicklungsgrundlagen zu beteiligen. Hierdurch wird vermieden, dass die Betroffenen von Entwicklungen überrascht werden, die dann durch Verweis auf vorgebliche oder tatsächliche „Sachzwänge“ nicht mehr beeinflusst werden können.

Keine Privatisierung von Verwaltungsaufgaben

Wir lehnen die Privatisierung bestehender städtischer Einrichtungen und Dienstleistungsbereiche ab. Keines der Ämter von Kreis- und Stadtverwaltung, keines ihrer Unternehmen darf an Private veräußert oder in private Unternehmen mit den Rechtsformen wie AG und GmbH überführt werden. Solche Umwandlungen erschweren demokratische Teilnahme und Transparenz; insbesondere kann man absehen, dass der Zwang zur Profitmaximierung dann zu Personalabbau und Einschränkung des Dienstleistungsangebots und zu Verlust der Bürgernähe führt. Die effiziente, eigenverantwortliche und unbürokratische Verwaltung und Bereitstellung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge kann eher mit kommunalen Verwaltungsstrukturen und Eigenbetrieben entwickelt und verbessert werden.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Demokratie ist mehr als regelmäßige Wahlen von Stellvertretern. Alle müssen an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken können. DIE LINKE tritt daher grundsätzlich für die Ausweitung direkter Demokratie ein. Dies gilt gerade auch für die kommunale Ebene, wo politische Entscheidungen die Menschen unmittelbar betreffen. Die Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen massiv gesenkt werden; für ein hierzu erforderliches Landesgesetz wird DIE LINKE sich auf Landesebene einsetzen. Es muss ermöglicht werden, dass solche direkten Beteiligungsformen in allen Bereichen der Kommunalpolitik angewandt werden können. Hierzu fordern wir die Ausweitung der Öffentlichkeit in den kommunalen Sitzungen durch Beschränkung des nichtöffentlichen Teils auf das rechtlich zwingende Maß.

- Sozial- und Beschäftigungspolitik

Niedergang der Vollzeit-Erwerbsstellen stoppen

Von Arbeit muss man leben können – dieser Satz gilt in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus schon lange nicht mehr. Da auch kommunale Vollzeitbeschäftigte zum Überleben auf ergänzendes ALG II angewiesen sind, fordern wir, die Eingruppierungen in die untersten Lohngruppen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TvÖD) mit dem Ziel zu überprüfen, allen kommunalen Beschäftigten ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen.

„Arbeit bei gerechtem Lohn“ statt „Armut trotz Arbeit“

Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle gemeinnützige Beschäftigung. Bei sozialen Diensten wie Bildung, Gesundheit und Pflege, im Öffentlichen Nahverkehr, im Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. Hier können die Kommunen sinnvolle Investitionen tätigen, die im Gegensatz zu Investitionen gewinnorientierter privatwirtschaftlicher Unternehmen dem Gemeinwohl und nicht der Profitmaximierung dienen. Insbesondere muss es durch flächendeckende Einführung eines Mindestlohns, der regelmäßig an der Entwicklung der Kaufkraft überprüft werden muss (zur Zeit sind 10,-- € eine unbedingte Forderung), wieder möglich sein, von seiner Arbeit ohne ergänzende Transferleistungen leben zu können. Selbstverständlich ist hierfür ein Bundesgesetz erforderlich; dennoch können hier die Kommunen eine Vorreiterrolle spielen, indem auf kommunaler Ebene die Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tarifgeregelte Arbeitsverträge umgewandelt werden.

Stärkere Kontrolle der ARGE!

Hartz IV muss weg! Aber solange das Bundesgesetz in Kraft ist, muss die ARGE in den Städten und im Kreis in erster Linie den Existenzbedürfnissen der Erwerbslosen und ihrer Familien gerecht werden. Wir fordern für den Kreis Viersen, dass die zuständigen Organe nicht Hartz IV- und andere Leistungsempfänger schlecht behandeln, länger warten lassen, ihre Rechte missachten, willkürlich Leistungen kürzen, streichen oder nicht gewähren oder ihre Ermessensspielräume zu Ungunsten der Antragsteller ausnutzen.

DIE LINKE wird im Kreistag Auskunft zu folgenden Punkten einfordern:

- Beschäftigen Kreis, Kommunen oder deren Gesellschaften im Kreis Viersen 1-Euro-Jobber?
- Ist gewährleistet, dass die öffentlichen Arbeitgeber im Kreis Viersen in allen Fällen Tariflöhne zahlen?
- Gehen Kreis Viersen bzw. die ARGE Kreis Viersen rechtlich gegen solche Arbeitgeber vor, die im Kreisgebiet Hungerlöhne zahlen?
- Warum werden ALG II-Leistungsbezieher, deren Wohnungen zu teuer sind, zum Umzug aufs flache Land gezwungen, obwohl dies den Richtlinien des Landes NRW zu den Unterkunftskosten sowie geltender Rechtsprechung widerspricht?
- Warum zwingt die ARGE Kreis Viersen ALG-II-Empfänger, deren Lebenspartner verstorben ist, zum sofortigen Umzug in eine kleinere Wohnung, obwohl in anderen Orten in NRW eine halbjährige Übergangsfrist zugestanden wird?

- Warum werden Eltern schulpflichtiger Kinder zum Wohnungswechsel aus dem Schulbezirk gezwungen, obwohl dies in anderen Orten großzügiger gehandhabt wird?
- Warum gibt es keine Weihnachtsbeihilfe für Kinder, wie es sie im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes vor 2005 gab?
- Stimmt es, dass die ARGE Kreis Viersen bei der Umwidmung von Geldern, die für Förderung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden vorgesehen sind, bundesweit mit an der Spitze liegt? Warum werden sie nicht für den vorgesehen Zweck eingesetzt und was passiert mit diesen Geldern?
- Warum setzt die ARGE Kreis Viersen zahlreiche bindende Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit und Rechtssprechung des Bundessozialgerichtes nicht um?
- Warum hält die ARGE Kreis Viersen sich nicht an die Vorgabe bzgl. der Bearbeitungsdauer bei Widerspruchsverfahren, wie es bis 30.06.2009 gefordert war?
- Wird die ARGE Kreis Viersen Gelder zur Finanzierung flächendeckender unabhängiger Sozialberatungsstellen zur Verfügung stellen?
- Stimmt es, dass beim Amtsgericht Viersen Ratsuchenden mit geringem Einkommen Beratungsguttscheine zur Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe verweigert werden?
- Stimmt es, dass die Gesellschaft für Beschäftigung des Kreises Viersen, deren Gesellschafter zu gleichen Teilen der Kreis Viersen und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Viersen sind, bei Borussia Mönchengladbach eine VIP-Lounge gemietet hat oder gemietet hatte?

- Öffentliche Daseinsvorsorge

Erhalt und Förderung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften erfüllen eine wichtige Funktion in der öffentlichen Daseinsfürsorge: durch Bereitstellung von preiswertem Wohnraum, erbaut und unterhalten mit öffentlicher Förderung, für wirtschaftlich Schwache und Geringverdiener wird der Mietpreisexplosion auf dem privaten Wohnungsmarkt entgegengewirkt. Wir fordern daher deren unbedingten Verbleib in kommunaler Hand.

Kommunale Krankenhäuser sind Teil der öffentlichen Gesundheitsfürsorge

Auch im Gesundheitswesen hat die neoliberale Ökonomie Fuß gefasst, durch diverse „Reformen“ Kliniken und andere medizinische Einrichtungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren

und sie nicht als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge zu sehen. Das Gesundheitswesen soll marktfähig gemacht werden, um hier riesige Profite privat abschöpfen zu können, wobei Verluste durch Fehlinvestitionen und andere Managementfehler dann „großzügig“ der öffentlichen Hand überlassen werden. Gewiss muss auf Grund der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ein Umdenken insoweit stattfinden, dass durch Zusammenschlüsse und Aufgabenteilungen im regionalen Rahmen, durch Integration von bislang nicht im Fokus befindlicher Aufgaben wie Kurzzeitpflege oder Hinzunahme der Palliativmedizin eine qualitätsvolle, bürgernahe Versorgung erreicht wird. Keinesfalls darf dies durch bloßes Schielen auf „Wirtschaftlichkeit“, durch Lohnkürzungen „durch die Hintertür“, durch Ausstieg aus dem Tarifsysteem, durch Einführen von Haustarifen und durch Ersatz von Vollzeitstellen durch Ein-Euro-Jobs erfolgen! Wir fordern den Ausbau des im Kreis Viersen völlig unterentwickelten stationären und ambulanten Hospizsystems.

Sozialtarife und Nulltarife auf lebensnotwendige Güter

Zunehmend mehr Menschen, insbesondere kinderreiche Familien, Geringverdiener, aber auch Bezieher von Arbeitslosengeld II haben Schwierigkeiten, ihre Rechnungen für Strom, Gas und Wasser zu bezahlen. Aufgrund rapide gestiegener Energiepreise steht zu befürchten, dass noch mehr Kunden in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten geraten. Seit 2006 gilt die Grundversorgungsverordnung der EU, nach der einkommensschwache Haushalte einen Anspruch auf Zugang zu Licht, Heizung und warmen Wasser haben. Trotzdem droht zahlungssäumigen Bürgerinnen und Bürgern die Sperrung ihrer Anschlüsse. Die EU-Richtlinie (2003/54/EG) zum Elektrizitätsbinnenmarkt schreibt vor, dass benachteiligte Stromkunden zu schützen sind. Die Bundesregierung blendet das Thema einfach aus. DIE LINKE. hat über die Bundestagsfraktion mehrfach einen Sozialtarif gefordert. Selbst im bayrischen Regensburg wird ein Sozialtarif angeboten!

- Kommunale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik

Bedingungen kommunaler Wirtschaftsförderung und Auftragsvergabe

Nach wie vor tragen die Kommunen den Großteil der öffentlichen Investitionen. Sie investieren fast vier Mal so viel wie der Bund und fast drei Mal so viel wie die Bundesländer. Gleichzeitig sind die kommunalen Betriebe große Arbeitgeber, die eine bedeutende Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen. Wir dringen daher auf eine Ausbildungsoffensive im Kreis Viersen und den Kommunen, wie auch vom DGB gefordert. Schließlich haben Landkreise und Kommunen wichtige Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der Ansiedlung von Unternehmen, der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf sich nicht nach dem Prinzip „Der Billigste erhält den Zuschlag“ richten. Sie muss vielmehr an Regeln gegen Lohndumping und gegebenenfalls an weitere Auflagen wie z. B. eine bestimmte Ausbildungsquote gebunden werden.

Förderung von Betriebsansiedlungen nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten

Gewerbeansiedlungen nach dem Prinzip „Qualität und Beschäftigung vor Fläche“ sind die Leitideen einer von DEN LINKEN unterstützten Gewerbebeförderung. Für beschäftigungsintensive Unternehmen,

die innovative Produkte und Dienstleistungen fertigen oder anbieten, sind die „weichen“ Standortfaktoren wie Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter durchaus von Vorteil. Der Kreis Viersen hat hinsichtlich der dieser Faktoren einiges zu bieten, allerdings weniger für Unternehmen, die bei eher geringen Beschäftigtenzahl einen enormen Flächenbedarf haben. Auch ist eine Ansiedlung von „Karawanen“-Unternehmen abzulehnen, die nach einigen Jahren des Kassierens von Fördergeldern und Steuervorteilen zur nächsten Oase weiterziehen. Kommunale Grundstücke sollen nur in Erbpacht vergeben werden, um nach der Aufgabe des Standortes der Kommune die Nutzung der Flächen wieder zu ermöglichen. Bei der Vergabe von Flächen zur Bebauung sollten vorzugsweise alte Industriebrachen genutzt werden, um eine weitere Versiegelung der Böden zu vermeiden. Auch sollten bei der Gestaltung der Ansiedlungsverträge die bei der Flächenrückgabe (durch Vertragsende, -kündigung, Insolvenz o. ä.) anfallenden Sanierungskosten entsprechend berücksichtigt werden. Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung globaler Investoren zielen. Wir sind für die regionale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation über Städte- und gegebenenfalls Ländergrenzen hinweg, wofür auch die Nähe des Kreises Viersen zum niederländischen Nachbarn spricht.

Erhalt bzw. Rekommunalisierung der privatisierten kommunalen Schlüsselunternehmen

Im Zuge des Erstarkens neoliberalen Gedankenguts sind viele kommunale Unternehmen wie Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorgungs- und Abfallentsorgungsunternehmen (teil)privatisiert worden und unterliegen damit dem marktwirtschaftlichen Gesetz der Profitmaximierung. Doch für den Bürger ist wichtig: Kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen und unterhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen; der Energieversorger soll günstige Tarife, für sozial Schwache auch bezuschusste Tarife bieten, und der Bürger erwartet eine preiswerte, ökologisch unbedenkliche Abfallentsorgung.

Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau

Der Kreis Viersen ist durch die Landwirtschaft und den Gartenbau besonders geprägt. Diese Wirtschaftszweige bieten insbesondere:

- die Lebensgrundlage der hier Tätigen,
- die Produktion ausreichender und gesunder Nahrungsmittel für die Bevölkerung,
- die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft als Naherholungsgebiet.

Daher wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass

- eine Konzentration der landwirtschaftlichen Flächen und der Nutztiere auf immer weniger Betriebe aufgehalten wird,

- dem Flächenverlust durch Versiegelung entgegengewirkt wird und statt dessen verstärkt Baumaßnahmen konzentriert und Industriebrachen wiederverwendet werden,
- landwirtschaftliche Nutzflächen im öffentlichen Eigentum auch nach sozialen Kriterien den Bewirtschaftern überlassen werden,
- der Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen vertraglich festgeschrieben wird,
- umweltbelastende Düngungs- und Pflanzenschutzmaßnahmen auf Pachtflächen aus kommunalem Eigentum ausgeschlossen werden.

Umweltrisiken bei der grünen Gentechnik sind weder ausgeschlossen noch will die Mehrheit der Bevölkerung Nahrungsmittel aus gentechnisch veränderten Nutzpflanzen und -tieren. Deshalb fördert DIE LINKE die Einrichtung von gentechnikfreien Zonen für die Landwirtschaft.

Erhalt des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens

Zur Sicherstellung einer angemessenen Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Rechtsform in kommunaler Trägerschaft als allein mögliche Organisationsform zwingend geboten. Die Sparkassen versorgen alle Menschen mit Finanzdienstleistungen und haben sich – als einzige Gruppe im Kreditsektor – verpflichtet, ein „Girokonto für Jeden“ zu führen. Eine Privatisierung der Sparkassen bedeutet schmerzhaftes Einschnitte in diese Infrastruktur, da eine entsprechende Gemeinwohlorientierung privater Anteilseigner nicht zu erwarten ist.

- Öffentliche Finanzen

Ausstattung der Kommunen mit hinreichenden Finanzmitteln

Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. In den vergangenen Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei rund 13 Prozent. Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag Mitte 2007 bei einem neuen Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. Nicht verwunderlich ist, dass 197 Kommunen ihren Haushalt mit Haushaltssicherungskonzepten führen und 115 von ihnen sogar mit einem Nothaushalt arbeiten mussten. Das hat verheerende Auswirkungen für den örtlichen Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und das soziale Leben. Daher setzt sich DIE LINKE – in Zusammenwirken auf Landes- und Bundesebene - dafür ein, die Kommunen wieder stärker am Steueraufkommen zu beteiligen, damit sie ihre durch Gesetz auferlegten Aufgaben ausführen können.

Ausverkauf kommunalen Eigentums stoppen

Um vorübergehend die angespannte finanzielle Lage entschärfen zu können, verfallen die kommunalen Organe auf den scheinbaren Ausweg, „das Tafelsilber zu verscherbeln“, d. h. kommunales Eigentum zu privatisieren und die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einzuschränken. Diese politisch gewollte neoliberale Entwicklung lehnen wir entschieden ab.

-Verkehr

Mobilität für alle

Besonders in den Ballungsräumen hat der motorisierte Individualverkehr überhand genommen und führt so zu untragbaren Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig wird beim öffentlichen Personenverkehr gespart. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben. Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs zurückdrängen sowie ein Grundrecht auf Mobilität für alle verwirklichen. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage. Während die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen in Autolawinen ersticken, stellt sich für den ländlich geprägten Raum die Frage, wie sich Mobilität für Menschen ohne Auto überhaupt realisieren lässt. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegen zu setzen, die Mobilität für alle gewährleisten.

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Über Jahrzehnte wurden die Strecken Venlo - Straelen, Brüggen - Dülken, Schiefbahn - Viersen und Kaldenkirchen - Kempen stillgelegt. Auf den zweigleisigen Ausbau der Strecken zwischen Kaldenkirchen und Dülken warten die Bahnkunden bis heute jedoch vergeblich. Dabei wären erweiterte Streckenführungen bei attraktiven Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel in einem Flächenkreis wie Viersen besonders wichtig, denn sonst verfehlen gut ausgebaute Verkehrsnetze ihren Sinn. Der Kreis Viersen und seine Kommunen müssen Regionalisierungsmittel aus dem Bundeshaushalt nutzen, um stillgelegte Schienenstrecken in Eigenregie wieder zu beleben. Denn Strecken, die von der Bahn aus finanziellen Gründen stillgelegt wurden, können, in Verbindung mit attraktiven Angeboten, die Mobilität der Menschen deutlich erhöhen. Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Gerade hier gilt: öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Sozialtickets für Einkommensschwache, Jugend- und Seniorentarife, Firmen- und Jobtickets (Ein-Euro-Tickets) müssen den ÖPNV erschwinglich machen. Insgesamt muss der ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr für alle Gesellschaftsgruppen attraktiver werden, also nicht nur für einkommensschwache Menschen, sondern als interessantes Angebot für Alle, das gesellschaftlich und nicht über die Fahrpreise finanziert wird. Langfristiges Ziel muss es sein, die kostenlose Benutzung des ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

DIE LINKE im Kreis Viersen fordert daher:

- die Einführung eines Sozialtickets für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen.
- den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Viersen in den späteren Abendstunden, insbesondere am Wochenende.

- den Aufbau eines Nachtexpress, bzw. den Ausbau des Ruftaxisystems am Wochenende, insbesondere für Jugendliche.
- die abendliche Verlängerung des Verkehrstaktes des RE 13 auf der Strecke Venlo-Viersen um eine Stunde, bis nach 23 Uhr.
- die Verlängerung des Stadtbusses 83 bzw. Funkmöglichkeit für ihn zur Wiederanbindung der Strecke Zollamt Elmpt nach Roermond.
- eine möglichst vertaktete Anbindung der Bahnhöfe im Kreis Viersen an das Busnetz bis in die Abendstunden mindestens im Stundentakt.
- eine barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe und Busbahnhöfe im Kreis Viersen.
- die Prüfung eines zweigleisigen Ausbaus der Strecke Venlo - Dülken zwischen Kaldenkirchen und Dülken zur Sicherung einer höheren Pünktlichkeit der Personenzüge.
- den Kreis Viersen und seine Kommunen auf, im VRR für eine sozial gerechtere Gestaltung des Barentickets im VRR einzutreten. Es sollte nicht automatisch ab dem 60. Lebensjahr, sondern für Rentner und vor dem Renteneintrittsalter abhängig von der wirtschaftlichen Lage der Senioren erhältlich sein.
- den Kreis Viersen und seine Kommunen auf, im VRR für den Ausbau der Rufnummer DB-Kundendialog zur einer echten Hotline und deren Besetzung auch am Wochenende einzutreten, um bei Verspätungen Anschlüsse sichern zu können.
- die Initiierung eines Pilotprojektes „Sicherer und aktiver Schulweg“ durch den Kreis, gemeinsam mit den Umweltverbänden, damit mehr Kinder eigenständig und nicht mit dem PKW zur Schule gelangen können.

Wir begrüßen die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Fortführung der S28, die derzeit von Mettmann zum Kaarster See führt bis nach Viersen bzw. Venlo, insbesondere mit dem Ziel einer attraktiveren Taktung als der derzeitige RE 13.

Erhalt, Pflege und Ausbau des Radwegenetzes

Die Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Auch braucht gerade der Kreis Viersen, der in der Region wegen seiner landschaftlichen Reize einen guten Ruf als Naherholungsgebiet hat, ein

ausgebautes und gepflegtes Radwegenetz. Hier wird DIE LINKE beim Land auf ausreichende Finanzierung drängen.

„Eiserner Rhein“

"Eiserner Rhein" ist die Bezeichnung einer vor 130 Jahren in Betrieb genommenen Eisenbahnverbindung vom Antwerpener zum Duisburger Hafen. Die Strecke ist 160 km lang, sie war jedoch nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr in voller Länge in Betrieb genommen worden. Die Europäische Kommission hat der Wiederinbetriebnahme des „Eisernen Rheins“ im Rahmen der transeuropäischen Güterverkehrsplanung große Bedeutung gegeben, was jedoch nicht ohne erhebliche Probleme für diejenigen Kreise und Kommunen abgeht, auf deren Gebiet die bislang stillgelegten bzw. neu geplanten Trassen liegen. Im Kreis Viersen sind vor allem der Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit den Kommunen Schwalmatal und Niederkrüchten betroffen. Wenngleich DIE LINKE dem schienengebundenen Güterverkehr den Vorrang vor dem straßengebundenen gibt, so ist hier doch eine Interessensabwägung vorzunehmen: Dient dieses Projekt der nachhaltigen Regionalentwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, die eine derartige Einschränkung der Bürgerinteressen, der Qualität der Region als Naherholungsgebiet, des Natur- und Landschaftsschutzes rechtfertigen, oder wird hier nur einseitig und kurzfristig den Profitinteressen nach dem Prinzip: „Alle Gewinne dem Konsortium, alle Lasten den Bürgern“ Rechnung getragen? Einer solchen Investitionspolitik wird DIE LINKE entschieden entgegengetreten.

- Umwelt- und Ressourcenschutz

Erhalt der natürlichen Ressourcen

Rohstoffe und Ressourcen fossiler Energien sind endlich und werden infolge des rasant steigenden Weltverbrauchs wohl in absehbarer Zeit auch knapp werden. Um die durch den Raubbau entstehenden Umweltschäden gering zu halten und um kommenden Generationen auch noch die Chance einer vernünftigen Nutzung zu erhalten, ist ein sparsamer und verantwortungsvoller Umgang erforderlich. Auch hier kann auf kommunaler Ebene einiges erreicht werden: Die kommunalen Energieversorger können auf Programme zur Nutzung überschüssiger Wärmeenergie aus industriellen und gewerblichen Prozessen für die Heizung und Warmwasserzubereitung in anliegenden Wohngebieten oder in öffentlichen Einrichtungen verpflichtet werden; Blockheizkraftwerke können dahingehend errichtet bzw. erweitert werden, durch Kraft-/Wärme-Kopplung in verdichteten Wohngebieten und für öffentliche Einrichtungen für eine effizientere Energienutzung zu sorgen. Zu bevorzugen sind erneuerbare Energien, bei deren Produktion aber auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Eine dezentrale örtliche Energieerzeugung bietet eine sichere und unabhängige Versorgung, wenn örtliche erneuerbare Energien genutzt werden, die unabhängig von der politischen und wirtschaftlichen Weltlage zur Verfügung stehen. Und sie ist billig, wenn die Rohstoffe aus der Umgebung stammen, die Energieleitungen kurz sind, kein Verwaltungswasserkopf mitgetragen werden muss, und das Ziel der Energieversorgung keine Gewinnmaximierung, sondern bezahlbare Energie ist.

Verzicht von bedenklichen Auskiesungen und Wasserentnahmen

Abbau von Sand, Kies und Ton hat Tradition am Niederrhein. Gleichzeitig findet hier eine intensive Landwirtschaft statt, und die reizvolle niederrheinische Landschaft dient vielen Menschen als Naherholungsgebiet. Die großflächige Umwandlung der Kulturlandschaft und der Naturschutzflächen zu Baggerseen ist nur in Einzelfällen eine Bereicherung (Entstehung von Badeseen), insgesamt aber für die Menschen im Kreis Viersen und am gesamten Niederrhein ein qualitativer Verlust. Werden die Vorstellungen der Kiesindustrie Wirklichkeit, drohen die Wasserreserve- und Schutzgebiete in Mitleidenschaft gezogen zu werden, sind doch Kies und Sand der natürliche Bodenfilter für das Grundwasser. Auch benötigt die Landwirtschaft, die der Kulturlandschaft ihr Gepräge gegeben hat, große Mengen an Grundwasser. Die bedeutenden Wasserreserven des Niederrheins müssen deshalb erhalten bleiben und eventuell genehmigte Auskiesungsflächen auf Kosten des Betreibers wieder renaturiert werden. Damit wird auch das Baustoff-Recycling wirtschaftlicher. DIE LINKE fordert daher eine Güterabwägung, die verhindert, dass die kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolge der Kiesindustrie mit den von allen Bürgern zu entrichtenden Kosten der langfristigen negativen Folgen bezahlt werden.

- Kultur

Kultur ist kein Reservat für eine finanzkräftige Elite

Kultur ist Lebensgrundlage einer Gesellschaft und bedarf des Schutzes und der Förderung. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Daher darf Kultur nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden, sondern muss finanziell so gefördert werden, dass auch Bürger mit niedrigem Einkommen daran teilhaben können. Dabei ist weniger Wert auf Prestigeprojekte („Leuchtturmprojekte“) zu legen; stattdessen sollte die „kleine“ Kultur, die „Freie Szene“ stärker gefördert werden. DIE LINKE fordert im Kreis Viersen die Einführung eines Kulturpasses für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Sie dringt darauf, dass auch private Veranstalter, die die kommunalen Räumlichkeiten nutzen, diesen Kulturpass anerkennen.

Erhalt und Ausbau von Stadtbüchereien

Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für eine Stärkung der Stadtbüchereien und einen Ausbau ihres Angebots ein. Frei zugängliche und kostenlos nutzbare Internetterminals sollen das Informationsangebot der Stadtbüchereien auch für Nichtmitglieder erweitern. Da der Kreis Viersen eine Ausdehnung von ca. 40 km * 30 km mit zahlreichen kleineren Städten und Gemeinden aufweist, müssen durch genügend Außenstellen bzw. durch Erweiterung des Büchereibussystems auch diejenigen erreicht werden können, die aus zeitlichen oder finanziellen Gründen sich die Fahrt zur Zentralbücherei nicht leisten können.

- Sport und Freizeit

Erhalt und Ausbau kommunaler Sport- und Freizeiteinrichtungen

Sport- und Freizeiteinrichtungen sind notwendig für Erholung und Entspannung. Wir wehren uns gegen eine Privatisierung städtischer Sporteinrichtungen, insbesondere von Sporthallen und

Schwimmbädern. Diese müssen Schulen und Vereinen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten und Schwimmbädern muss jedem möglich sein. Deshalb fordern wir insbesondere für Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien freien Eintritt. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

- Kinder und Jugendliche

Gebührenfreie Kindertagesstätten und Kinderkrippen

Kindertagesstätten und Kinderkrippen sind Orte, in denen Kinder lernen, ihre Umwelt entdecken und soziale Kontakte knüpfen. Deshalb müssen alle Kinder, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten, gebührenfreien Zugang zu diesen Einrichtungen haben, zu Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kindern von klein auf zu starken, freien, selbstbewussten, sozial kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen. Die Tätigkeit von Erziehern als auch von Sozialarbeitern ist aufzuwerten und angemessen zu bezahlen.

Verstärkte Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern

Eltern können nur dann einer Berufstätigkeit, einem Studium oder anderen Tätigkeiten nachgehen, wenn sie ihr Kind in einer Kindertagesstätte oder einer Kinderkrippe gut aufgehoben wissen. Die Einrichtung von wohnortnahen und mit angemessenen finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen ausgestatteten Familienzentren ist ein richtiger Weg, um den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gerecht zu werden. Um zu verhindern, dass die kindliche Entwicklung vorwiegend durch weibliche Erzieher geprägt wird, muss das Berufsbild des Erziehers in der Öffentlichkeit auch für Männer attraktiver gemacht werden. Die Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten und Kinderkrippen sollten eng mit den Eltern zusammenarbeiten und sie in die Arbeit einbeziehen. Dabei sollen Anregungen und Kritik die Arbeit sowohl der Erzieher als auch der Eltern erleichtern. Die Mitarbeiter in Familienzentren müssen qualifiziert sein und tariflich bezahlt werden. Auch muss endlich der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verwirklicht werden. Generell gilt auch hier: Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Familienzentren müssen als gesellschaftliche Aufgabe öffentlich betrieben und finanziert werden.

- Bildung und Ausbildung (Schulen, Lehrstellen, Erwachsenenbildung)

Schule als Lebensort

Eine soziale, chancengleiche Schulbildung in den Kommunen bedeutet für DIE LINKE, dass jedes Kind in seinen geistigen und sportlichen, aber auch musischen und künstlerischen Fähigkeiten gebildet werden muss. Der Fokussierung der Schulen auf rein abfragbares Wissen, wie es durch die PISA-Studien, die Lernstandserhebungen und zentralen Prüfungen geschieht, muss die Kommune entgegenwirken.

Schulische Bildung für alle statt Auslese der Elite

Das mehrgliedrige Schulsystem in Deutschland, das zu einer frühzeitige Sortierung in eine kleine Gruppe gut und in einen großen Teil nur mäßig ausgebildeter Schulabsolventen führt, muss zugunsten eines integrierten Gesamtschulsystems umgebaut werden. Nicht erst die PISA-Studie hat belegt, dass das deutsche Bildungssystem Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen trennt, unzureichend ausgestattet ist und eine soziale Auslese bewirkt. Auch ist zu gewährleisten, dass alle Schüler in Ganztagschulen eine gute und kostenfreie Mittagsmahlzeit erhalten. Die Lernmittelfreiheit ist wiederherzustellen, damit für alle Schüler gleiche Lernbedingungen bestehen. Dazu gehört auch, Schulfahrten so zu bezuschussen, dass alle Schülerinnen und Schüler ohne Rücksicht auf das Einkommen der Eltern daran teilnehmen können. Dazu müssen die Schulen finanziell so ausgestattet werden, dass sie nicht auf Sponsorengelder angewiesen sind. Die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Schulen und die Lerninhalte, z. B. durch die Stiftung „Partner für Schule“ ist zu unterbinden.

Volkshochschulen

DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass Lernen ein lebenslanger Prozess ist. Lernen kann in unserer sich schnell verändernden Gesellschaft nicht zu einem festen Zeitpunkt aufhören. Bereits die letzte rot-grüne Landesregierung hat massive Kürzungen der Geldmittel vorgenommen, die aktuelle Landesregierung von CDU/FDP setzt diesen Kürzungswahn weiter fort. In den letzten zwei Wahlperioden sind die Finanzmittel der Volkshochschulen um 28% gesenkt worden. Dies ist unverantwortlich und führt die Volkshochschulen an den Rand der Handlungsfähigkeit. Da Wissen und Kompetenzen zu oft daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind, wird DIE LINKE insbesondere die einzige Weiterbildungseinrichtung unterstützen, die nicht in privater Hand liegt, die Volkshochschule!

- Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Gleichberechtigung verwirklichen

Trotz der grundgesetzlichen Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter sind wesentliche Forderungen der Frauenbewegung nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammenzustricken, die Zuschüsse für ihre Einrichtungen in Städten und Gemeinden zu kürzen. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik im Kreis und in den Kommunen, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern.

Abschaffung versteckter Diskriminierung bei der Bewertung frauentypischer Tätigkeiten

Bei der Berufswahl lassen sich immer wieder geschlechtstypische Besonderheiten nachweisen. Mädchen beschränken sich auf ein enges Berufswahlfeld, schließen meist technische Berufe aus, haben weniger Ausbildungs- und Beschäftigungschancen als Männer. Sie wählen Berufe mit weniger

Arbeitsmarkt-, Verdienst- und Aufstiegschancen oder außerbetriebliche Qualifizierungen ohne Arbeitsplatzhintergrund und müssen die Schwierigkeiten bei der künftigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits bei der Berufsentscheidung mit bedenken. In diesen Berufen fällt die Entlohnung deutlich geringer aus als in vergleichbaren, von Männern dominierten Erwerbstätigkeiten. Hier fordert DIE LINKE ein Umdenken in der Bewertung frauentypischer Tätigkeiten.

- Seniorenpolitik

Selbstbestimmtes Altern in Würde

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Die Mitgestaltung an ein selbstbestimmtes Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune. Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes, der in Zusammenarbeit von Seniorenbeirat und den kommunalen Organen die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellt wird. Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung von Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden. Zu den wesentlichen Einzelforderungen gehören:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld.
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften.
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammen wohnen können.
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege

Menschen mit Behinderungen

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Laut Grundgesetz darf aber niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbriefte Recht auch hier noch immer nicht konsequent umgesetzt. Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Thema, das alle Politikfelder umfasst. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderung, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens in unseren Kommunen zu ermöglichen.

Rechte für Menschen mit Behinderungen einfordern

DIE LINKE setzt sich für die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene ein und fordert dazu die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen, sowie die Überwindung von Gepflogenheiten, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beinhalten.

- Migration und Integration

Gesellschaftliche Folgen der Migration

Unsere Gesellschaft wird durch den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen immer vielfältiger und bunter. Ob diese Entwicklung eine Bereicherung darstellt, hängt entscheidend davon ab, ob alle Betreffende sich gemeinsam und solidarisch an diesen Prozessen beteiligen und mitgestalten. Wichtige Voraussetzung hierfür sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den hart umkämpften Menschenrechten in Widerspruch stehen. Integration erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen.

Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

Mit 17,9 Prozent ist die Erwerbslosenquote unter diesen Menschen fast doppelt so hoch wie im Gesamtschnitt. Über 20% der ausländischen und eingebürgerten Menschen in NRW besitzen keinen Schulabschluss. Knapp 60% der Migrantinnen und Migranten haben keine berufliche Ausbildung. Hinzu kommen Tendenzen zur „Ghetto“-Bildung, mangelnde Teilhabe an Bildung und politischer Mitgestaltung. Dadurch wird das Ziel der Verschmelzung zu einer neuen, reicheren Gesellschaft gefährdet. Wir setzen uns für einen Dialog zwischen allen Menschen unterschiedlicher Kulturen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches friedliches Zusammenleben gestärkt wird.

Integration findet in den Kommunen statt!

Eine gelungene Integration kann nur von den Kommunen her, dort, wo das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturkreise stattfindet, aufgebaut werden. Hierfür müssen Bund und Land die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die Kommunen hingegen müssen die konkreten Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen. Es gibt aber eine nicht zu übersehende Diskrepanz zwischen der Beschreibung der Problemlage und dem Aufzeigen von möglichen Lösungen. Die Gefahr besteht, dass Integrationspolitik zur reinen Symbolpolitik verkommt. Verbesserungen können nur gelingen, wenn die Kommunen hierfür notwendige Strukturen und Maßnahmen aufbauen. Erste Schritte dorthin bestehen in der Erweiterung und Förderung von Schüleraustauschprogrammen, von Studienreisen, von nationen- und kulturkreisübergreifenden Begegnungen in Ferienlagern, bei gemeinsamen Förder- und Entwicklungsprojekten.

- Antifaschismus und Antirassismus

Kommunalpolitik gegen Rassismus und Faschismus

Für DIE LINKE ist eine dem Antifaschismus und Antirassismus verpflichtete Kommunalpolitik selbstverständlich. Wir setzen uns dafür ein, durch Gedenkstätten, Informationstafeln, und Straßbenennungen des antifaschistischen Widerstands sowie der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, einen breiten antifaschistischen Dialog zu führen bzw. zu fördern und Antifaschismus fest im kommunalen Leben und in der Alltagskultur zu verankern. Hier herrscht noch Handlungs- und Aufklärungsbedarf: Während z. B. lediglich eine kleine Tafel an den Standort der Synagoge in Viersen-

Dülken erinnert, die in der Reichspogromnacht zerstört wurde, kündigt das Siegfried-Denkmal noch vom „Aufbruch Deutschlands in eine neue Zeit“, die eine Zeit des Schreckens der nationalsozialistischen Herrschaft wurde. Hier ist eine Alternative bzw. Umwidmung gemeinsam mit den internationalen Städtepartnern und Schulprojekten zu erarbeiten. Generell müssen Naziaktivitäten durch das Bündnis aller Demokraten verhindert, die Strukturen der Neonazis zerschlagen werden, denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

DIE LINKE fordert die Aktion „Stolpersteine“, die an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Schwulen und Lesben, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer erinnert, in allen Städten und Gemeinden des Kreises durchzuführen und nicht nur wie bisher auf die Stadt Viersen zu begrenzen.

Sie fordert, die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers und anderer Nazigrößen nicht als durch den Untergang des Deutschen Reiches juristisch erledigte Frage zu behandeln, sondern sie politisch begründet aufzuheben.

Städtepartnerschaften und Völkerverständigung

Neue Städtepartnerschaften müssen der internationalen Verständigung, der Vertiefung von Verständnis und Achtung zwischen den Völkern und Menschen und damit der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dienen. Auch können die Kommunen eine wichtige Funktion für die Förderung von Frieden und Völkerverständigung übernehmen. Wir fordern daher den Landrat des Kreises und den Bürgermeister der Stadt Viersen auf, der Bewegung der internationalen Anti-Atom-Kampagne „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) beizutreten und sie zu unterstützen.

Viersen zukunftsfähig machen!

Demokratisch. Sozial. Gerecht.